

Hackerangriff: NRW-Städte prüfen Systeme

Düsseldorf. Nach dem schweren Hackerangriff auf den Anbieter Südwestfalen IT lassen über 200 Kommunen in Nordrhein-Westfalen ihre Systeme auf Lücken überprüfen. NRW-Digitalministerin Ina Scharrenbach (CDU) sagte der „Rheinischen Post“, 205 Kommunen überwiegend aus dem ländlichen Raum hätten bereits entsprechende Verträge mit dem Unternehmen Bechtle geschlossen. Nun würden die Systeme der Kommunen auf Schwachstellen hin überprüft.

Die Ministerin sagte: „Wir zahlen den Kommunen jetzt erst einmal den Check, werden dann aber schauen müssen, wie wir dann mit den dort gewonnenen Erkenntnissen den Basisschutz verbessern können.“

Ein Sprecher des Städte- und Gemeindebunds NRW sagte, je digitaler die Verfahren rund um die Rathäuser würden, desto mehr brennen den Kommunen die Cyber-Sicherheit unter den Nägeln. Die Zahl der Angriffe auf die Verwaltungen wachse von Tag zu Tag. Das stelle Kommunen und kommunale Rechenzentren vor riesige Herausforderungen.

Weil IT-Profis Mangelware seien, sei eine stärkere Bündelung von Funktionen in Rechenzentren nötig, sagte Ministerin Scharrenbach. *dpa*

Junge fährt auf Zugkupplung mit

Bottrop. Ein 13-Jähriger ist in Bottrop auf einer Zugkupplung mitgefahren und hat dadurch einen Polizeieinsatz ausgelöst. Ein Zugbegleiter habe den Jungen kurz nach der Abfahrt vom Hauptbahnhof bemerkt, teilte die Bundespolizei am Montag mit. Daraufhin sei bei 30 bis 40 Stundenkilometern eine Notbremsung der Stadtbahn eingeleitet worden. Verletzt wurde bei dem Vorfall am Samstag niemand. Den Angaben zufolge hielt sich der Junge auf der Kupplung des letzten Wagens an der Beleuchtung fest. *afp*

Zahl des Tages

3663

Abschiebungen hat es im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen gegeben. Nach Angaben des Flüchtlingsministeriums scheiterte die Rückführung allerdings auch in 3967 Fällen. Im Bundesvergleich sei die Erfolgsquote dennoch hoch, so das Düsseldorfer Ministerium. Die AfD im Landtag hatte nach den gescheiterten Abschiebungen gefragt und die entsprechende Zahl bekommen. *dpa*

Geldautomat gesprengt

Düsseldorf. In der Universitätsbibliothek in Düsseldorf haben Unbekannte in der Nacht zum Montag einen Geldautomaten gesprengt. Die Polizei gehe davon aus, dass der oder die Täter dabei Beute gemacht haben, sagte ein Sprecher am Montag. Wie viel Bargeld sie entwendet haben, sei bisher nicht bekannt. Die Täter hatten eine Glastür der Bibliothek aufgebrochen. Der Sicherheitsdienst der Universität hörte um kurz nach 3 Uhr einen lauten Knall und ein Auto, das schnell wegfuhr, so der Sprecher. *dpa*

ÖPNV: Debatte um E-Scooter-Verbot

Die Unternehmen der Region haben die Elektroroller in ihren Fahrzeugen verboten

Tobias Kaluza

An Rhein und Ruhr. Das seit dem 1. März bestehende Verbot von E-Scootern in Bussen und Bahnen der Region stößt auf scharfe Kritik von Branchenverbänden. ÖPNV-Unternehmen hatten mit dem Verweis auf eine Brandgefahr die Mitnahme untersagt. Der Bundesverband Elektromobilität (BEM) und der Bundesverband Elektrokraftfahrzeuge sehen dieses Risiko nicht. Auch der Fahrgastverband ProBahn NRW übt Kritik.

„Verbote dieser Art – grundsätzlich oder teilweise – halten wir nicht für zielführend“, kritisiert BEM-Vorstand Markus Emmert. „Oft werden solche Verbote angedacht, weil es ohne großen Aufwand das augenscheinliche ‚Problem‘ löst, ohne sich weiter mit dem Thema beschäftigen zu müssen. Gepaart wird dies oft mit maximaler Unwissenheit oder Unsicherheit der handelnden Akteure“, sagt er der Redaktion. Dieses Vorgehen nehme einigen Menschen die Mobilität.

Zum 1. März hatten u. a. die Düsseldorfer Rheinbahn, die Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG), die Essener Ruhrbahn, die niederheinische Niag und die Oberhausener Stoag die Mitnahme von E-Scootern in ihren Bussen und Bahnen verboten. Sie hatten damit, wie zahlreiche andere deutsche Betriebe, eine Empfehlung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) umgesetzt.

Als Grund hatte der VDV den „niedrigen Sicherheitsstandard der verbauten Lithium-Ionen-Akkus und damit verbunden ein erhöhtes Brand- und Explosionsrisiko sowie die gesundheitsschädliche Rauchgasfreisetzung“ angegeben und auf „Brände und Explosionen in ÖPNV-Fahrzeugen unter anderem in London, Barcelona und Madrid“ verwiesen.

Laut Lars Zemke, Vorsitzender des Bundesverbands Elektrokraftfahrzeuge, sind das auch die einzigen drei Vorfälle in Europa. „In Deutschland gibt es keine bekannten Fälle“, sagt er.

„Damit ein E-Scooter-Modell in Deutschland genutzt werden kann, braucht es – im Gegensatz zu Pedelecs – eine Betriebserlaubnis, die eine bestandene Sicherheitsprüfung durch das Kraftfahrt-Bundesamt voraussetzt. Deutschland ist das einzige Land mit dieser strengen Regelung, da E-Scooter anders als Pedelecs als Kraftfahrzeuge gelten“, so Zemke.

Auch er sieht die Verbote als „her-



E-Scooter sind in Bussen und Bahnen in der Region nun verboten.

CHRISTOPH SOEDER/DPA

ben Rückschlag für die deutsche Mikromobilität“, wie er der NRZ gegenüber sagt. Statt ein vernünftiges Risikomanagement vorzunehmen, erlasse man Verbote, „bevor überhaupt eine relevante Gefährlichkeit nachgewiesen oder eingetreten ist“. Er hoffe darauf, dass sich das Bundesverkehrsministerium der Sache annehme.

Kritik kommt auch vom Fahrgastverband ProBahn NRW: „Man schließt damit eine Nutzergruppe aus und nimmt Pendlern damit die Möglichkeit, dieses Verkehrsmittel zu nutzen“, sagt Landeschef And-

reas Schneider. Dabei seien E-Scooter ideal für die letzte Meile zwischen ÖPNV und Zielort. „Gerade außerhalb der Großstädte, wo es keine Leih-E-Scooter gibt, sind privat genutzte E-Scooter dafür gut geeignet.“ Er hält die Verbote für eine „überhastete Reaktion auf wenige Vorfälle“.

Und BEM-Vorstand Emmert zweifelt an der Brandgefahr: „Wenn es Brände gepaart mit E-Scootern in der Vergangenheit gab, dann eher beim Ladevorgang. Die Ursache war dann meist auch das Ladegerät oder ein Defekt mit dem Ladege-

rät“, erklärt er. „Oder es gab Brände aufgrund eines externen Einflusses, wie Havarie oder mutwillige Beschädigungen.“

Und Lars Zemke betont, dass private E-Scooter-Nutzer die Leih-Modelle zahlenmäßig längst hinter sich gelassen hätten. 800.000 E-Scooter gebe es insgesamt in Deutschland. „Etwa 200.000 davon sind im Verleih und 600.000 sind private Scooter“, rechnet er vor. Gerade die privaten Nutzer seien aber bisher kaum wahrgenommen worden. „Sie parken ihre Fahrzeuge aber fast nie auf der Straße.“

Klartext

Lasst sie rollern!



Stephan Hermsen (s.hermsen@nrz.de)

Natürlich erwirbt sich der Verband der Verkehrsunternehmen große Verdienste, wenn er die allerferntesten Risiken der Gefährdung von Menschen im öffentlichen Nahverkehr unter die Lupe nimmt und zu vermeiden trachtet. Indes: Drei Brände von Akkus in E-Rollern in Barcelona, London und Madrid zum Anlass

zu nehmen, um eine mehr Platzfordernde Gruppe von Verkehrsmitteln und damit Nutzer*innen rigoros auszuschließen, klingt schon sehr nach Ausrede. Lithium-Ionen-Akkus stecken in jedem Smartphone und jedem Laptop. Kein Mensch denkt drüber nach, deren Nutzung und vor allem die hochbrisanten Ladevorgänge in Bus und Bahn zu verbieten. Die Gefahr, in gut gefüllten Bussen und Bahnen über die Trittbretter der Scooter zu stolpern, dürfte weit größer sein.

Brände und Überhitzungen gibt es fast nur bei Ladevorgängen und haben Brände vor allem in Häusern ausgelöst. Es würde also reichen, das Laden in Zügen zu verbieten, zumal der sicherlich

ebenfalls parteiische Bundesverband Elektrokraftfahrzeuge darauf verweist, dass hierzulande strengere Sicherheitsbestimmungen greifen. Und was ist mit E-Bikes? Ist künftig der Zugbegleiter zuständig, bei zusteigenden Radfahrerinnen und Radfahrern genau hinzuschauen, ob es sich um ein E-Bike und wenn ja mit welchem Akku handelt? Und was ist überhaupt mit den künftigen Zügen fürs Niederrheinnetz? Die fahren nämlich auch mit Akkus.

Also: Statt eher fiktive Risiken mit extremen Verboten zu begegnen, ist es angesichts des Großrisikos Klimawandel eher angezeigt, jegliche Kombination klimafreundlicherer Verkehrsmittel zu fördern.

Lokführerstreik – zahlreiche Züge in NRW fallen aus

GDL hat zu 24-stündiger Arbeitsniederlegung im Bahnverkehr aufgerufen

Düsseldorf. Der bundesweite Streik der Lokführergewerkschaft GDL wird am Dienstag den Bahnverkehr auch in NRW aller Voraussicht nach erneut massiv beeinträchtigen. Der Notfahrplan der Deutschen Bahn sieht im Regionalverkehr vier Linien vor, auf denen die Züge regulär fahren. Auf 17 weiteren Linien sollen die Züge mit Einschränkungen, also entweder mit einem reduzierten Takt oder nur auf Teilstrecken fahren, 21 Linien fallen aus. Einen Überblick bietet die Bahn auf dem Portal Zuginfo.NRW. Die Bahn war am Montagabend mit dem Versuch gescheitert, den Streik gerichtlich stoppen zu lassen.

Die Bahn-Konkurrenten fahren

Züge auf Linien, die von Bahn-Konkurrenten betrieben werden, fahren ganz normal. Dazu zählen unter anderem die zwischen Rheinland und Westfalen fahrenden RRX-Züge von National Express sowie die Linien der Eurobahn, die im Münsterland und Ostwestfalen unterwegs sind. Die Bahn bittet Reisende und Pendler, sich vor Fahrtantritt zu informieren, ob ihre Verbindung verfügbar ist. Fahrgäste können ihre geplante Reise auch verschieben und ihr Ticket zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt nutzen, die Zugbindung ist aufgehoben. Das Ticket zum Zielort gelte dabei auch mit einer geänderten Streckenführung.

Die GDL hatte am Sonntagabend zum inzwischen sechsten Arbeitskämpf im laufenden Tarifkonflikt mit der Bahn aufgerufen. Ab Dienstagmorgen (2 Uhr) soll der Personenverkehr für 24 Stunden bestreikt werden. Im Güterverkehr sollte der Ausstand bereits am Montag um 18 Uhr beginnen. Die Gewerkschaft kämpft um höhere Gehälter und weniger Arbeitszeit bei der Bahn. Neue Streiks kündigt sie nun nicht mehr 48 Stunden vor Beginn an, sondern kurzfristiger. Auch Streiks über Ostern hat die GDL mit ihrem Vorsitzenden Claus Welsky nicht ausgeschlossen. *dpa*



Viele Züge der Deutschen Bahn stehen heute still. BORIS ROESSLER/DPA

Rheinberger Wappen gestohlen

Rheinberg. Diebe haben in Rheinberg das Stadtwappen des Stadtteils Orsoy von einer historischen Brücke gestohlen. Das runde Kupferrelief mit einem Durchmesser von einem Meter wurde aus dem Geländer der Rheintor-Brücke herausgesägt, teilte die Polizei am Montag mit. Möglicherweise seien Metalldiebe am Werk gewesen. Die Polizei schließt aber auch einen anderen Hintergrund nicht aus. „Es könnte auch sein, dass es sich jemand als Souvenir in den Keller gestellt hat“, so ein Sprecher. Die Ermittlungen liefen in alle Richtungen.

Das Wappen von Orsoy zeigt die historische Stadtmauer und drei Pferdeköpfe. Die Diebe haben das Relief samt der Balken mitgenommen, an denen es befestigt war. *dpa*

Für Fußgänger müssen E-Roller langsam fahren

Düsseldorfer Verkehrsversuch bekommt Lob von Verbänden. Vehikel drosseln Tempo in bestimmten Zonen

Tobias Kaluza

An Rhein und Ruhr. Die geplanten Langsam-Fahr-Zonen in Düsseldorf stoßen auf positive Reaktionen von Verbänden. Der Bundesverband Elektromobilität (BEM) und der Bundesverband Elektrokraftfahrzeuge begrüßen zudem die geplanten weiteren Parkzonen. Andere NRW-Städte wollen den Verkehrsversuch „interessiert beobachten“, wie es heißt.

Ab September dieses Jahres sollen in der Düsseldorfer Altstadt Bereiche eingerichtet werden, in der Leih-E-Scooter automatisch langsamer fahren. Der Roller erkennt über GPS selbstständig, wo er sich befin-

det und drosselt in den betreffenden Zonen seine Geschwindigkeit. Dadurch sollen Fußgänger vor zu schnellen Fahrern geschützt werden, wie die Stadt ihren Verkehrsversuch begründet hatte.

Lars Zemke vom Bundesverband Elektrokraftfahrzeuge findet den Versuch „generell gut“, wie er sagt. Und BEM-Vorstand Markus Emmert spricht sich zudem für verschiedene Fahrspuren aus. Diese sollen nach der Höchstgeschwindigkeit der Fahrzeuge und unabhängig von der Art der Motorisierung definiert sein. „Analog einem Fußgängerweg – hier dürfen auch keine Fahrräder fahren – dürfen hier nur Fahrzeuge mit einer Maxi-



E-Roller in Essens City – helfen Parkzonen? KERSTIN KOKOSKA/ESSEN

malgeschwindigkeit von sechs Stundenkilometern und solche, die als ‚Gehilfe‘ definiert sind, fahren.“ Solche „Slow Speed Zones“ gibt es bereits in anderen EU-Ländern. So hat die österreichische Hauptstadt Wien vor einiger Zeit Langsam-Fahr-Zonen eingerichtet. „Bei

der Einfahrt in Fußgängerzonen und in Wohnstraßen reduzieren die Roller automatisch ihre Geschwindigkeit“, heißt es in einer Mitteilung der Stadt. In Wien gibt es, anders als in Düsseldorf, aber auch komplett gesperrte Gebiete für die Scooter: „Rund um Krankenhäuser, auf Marktgebieten und anderen Hotspots sind Sperrzonen eingerichtet. In diesen wurde es technisch unmöglich gemacht, mit Scootern zu fahren oder sie dort abzustellen.“

Essen und Duisburg teilen auf Anfrage mit, dass man noch keine ähnlichen Verkehrsversuche plane. In Essen wolle man den Düsseldorfer Versuch jedoch „mit Interesse beobachten“, heißt es.